

2 Forschungsstand

„Diejenigen Bilder, nach denen ganze Gruppen von Menschen oder Individuen im Namen von Gruppen handeln, sind die öffentliche Meinung“
(Lippmann 1964, S. 28)

Die Interdependenz zwischen Legitimität, Legitimation, Politikgestaltung und öffentlicher Meinung in Kriegen stellt seit dem Zweiten Weltkrieg ein grundlegendes Gebiet der Legitimationsforschung dar. Insbesondere im Zuge des Vietnamkriegs (1957-1975), seiner medialen Vermittlung von Kriegsrealität und der damit einhergehenden Konsequenzen für den Kriegsausgang, wird die Wechselwirkung zwischen Krieg und öffentlicher Wahrnehmung in den Fokus der Forschung gelegt; sie kann als Ausgangspunkt für die bis heute andauernde Tendenz gesehen werden, die Verknüpfung von Kriegslegitimation und Medienberichterstattung zu untersuchen. Speziell innerhalb der Forschung im angelsächsischen Raum stellt das Konzept der „public opinion“ einen zentralen Aspekt der Legitimationsforschung dar. Unter „public opinion“ wird dabei zumeist die öffentliche Meinung, i.d.R. vertreten durch Medienberichte, zu etwaigen politischen Manifestationen verstanden, wovon wiederum Konsequenzen für die Legitimität und Legitimation des politischen Handelns abgeleitet wird (vgl. Crawford et al. 2014; Jäger und Viehrig 2008; PEW Research Center 2008; Lippmann 1964). Im Hinblick auf Kriege besitzt die öffentliche Meinung eine herausragende Stellung für die Politikgestaltung der politischen Autorität der USA. Bereits Mueller (1973; 1971) stellt die Bedeutung der öffentlichen Meinung und einer damit gleichgesetzten öffentlichen Unterstützung für die Kriegslegitimation der USA heraus. Ohne eine hinreichend positive öffentliche Meinung bezüglich eines Krieges sind langanhaltende Kriegseinsätze der USA kaum bis gar nicht zu bewerkstelligen. Auch Brody (1975) bestätigt diese Annahme und bekräftigt die Relevanz der Verbindung zwischen der öffentlichen Meinung und einem Kriegseinsatz. Ausgehend von dieser Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Kriegslegitimation, stellt der Umstand der Generierung von Verlusten in Kriegen einen öffentlichkeitsbeeinflussenden Faktor dar. So stellen u.a. Charles und Lorell (1984) fest, dass gerade der Umstand von eigenen militärischen Verlusten die öffentliche Unterstützung in Kriegen negativ beeinflusst. Auch hier wird die Verknüpfung von Medienberichten, insbesondere solcher, die den Umstand von militärischen Verlusten thematisieren, und öffentlicher Unterstützung gezogen. Durch die Berichterstattung über eigene militärische Verluste schwindet demnach die öffentliche Unterstützung für einen Krieg. Ohne eine öffentliche Unterstützung ist ein Kriegszustand nicht ohne die Generierung negativer politischer Kosten aufrecht-

zuhalten. Insbesondere durch eine Medienberichterstattung, die entgegengesetzt zu einem heroischen Narrativ verläuft, würden Widersprüchlichkeiten hervorgehoben werden und so zu einem Entzug der Folgebereitschaft führen. Vor diesem Hintergrund schlagen Charles und Lorell ein Maßnahmenbündel vor, um die für eine politische Autorität negativen Begleiterscheinungen durch Kriegsberichterstattung zu minimieren. Hierzu gehört eine direktere Steuerung des jeweiligen Kriegsdiskurses durch die politische Autorität. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sei ein diskursiv positiveres Bild vom Krieg zu zeichnen. Dadurch könne politische Unterstützung auch über einen längeren Zeitraum, selbst bei sporadisch negativen Ereignissen, aufrechterhalten werden. Diese im Zuge des Vietnamkriegs entstandenen Erkenntnisse führten zu einer weitergehenden Auseinandersetzung mit der Wechselwirkung von Medienberichterstattung, Verlustmeldungen, Diskursen, Legitimation und Kriegen. In einer umfangreich angelegten Studie von Gelpi, Feaver und Reifler (2009) wird diese Perspektive für US-amerikanische Konflikte der 1970er, 1980er und 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts eingenommen. Die Autoren stellen ausgehend von den Erfahrungen des Vietnamkriegs die These der „casualty phobic“ der US-Öffentlichkeit in Kriegzeiten auf. Eigene militärische Verluste, so gering diese auch sein mögen, führen demnach zu einem unmittelbaren Entzug der Folgebereitschaft der US-Öffentlichkeit zum Krieg. Als Beispiel wird hier u.a. der Einsatz in Somalia in den 1990er Jahren angeführt. Trotz verhältnismäßig geringer militärischer Verluste führte die Berichterstattung über getötete, teilweise an Brücken zur Schau aufgehängte US-Soldaten zu einem signifikanten Entzug der öffentlichen Unterstützung für das militärische Engagement in Somalia. Zwar bestätigen die Autoren hier die These der „casualty phobic“ der US-Öffentlichkeit, spezifizieren diese aber dahingehend, dass moderate Verluste durchaus Akzeptanz finden, solange ein militärischer Sieg und ein baldiges Ende der Kampfhandlungen in Aussicht stehen. Ein überwältigender Großteil der Arbeiten zu den Auswirkungen von Verlusten auf die öffentliche Unterstützung in Kriegen bezieht sich auf eigene militärische Verluste. Die Generierung fremder ziviler Verluste findet indes kaum Berücksichtigung in der Forschung. Insbesondere Studien über die Relevanz fremder ziviler Verluste für die öffentliche Unterstützung für einen Kriegseinsatz können als unterrepräsentiert bezeichnet werden. Zwar lässt sich im Zuge des militärischen Vorgehens der USA in Afghanistan und gegen den Irak eine Vielzahl an Arbeiten ausmachen, die dezidiert den Umstand ziviler Verluste in Kampfeinsätzen behandeln, jedoch wird dies zumeist ohne einen direkten Bezug zu den Auswirkungen auf die öffentliche Meinung einer kriegstreibenden Partei getan. Larson und Savych (2007) gehören hier zu den wenigen, die speziell die öffentliche Meinung über zivile Verluste im Irakeinsatz untersuchen. Die Autoren stellen dabei fest, dass zu Beginn des Irakeinsatzes eine breite mediale Aufmerksamkeit gegenüber zivilen Opfern im Krieg vorherrscht, diese jedoch schlagartig bereits nach kürzester Zeit abebbt. In einer an die Betrachtung des Medienverhal-

tens anknüpfenden repräsentativen Befragung kommen die Autoren zu dem Schluss, dass innerhalb der US-amerikanischen Öffentlichkeit eine Präferenz vorherrscht, eigene Soldaten in Kriegen zu Ungunsten von fremden Zivilisten zu schonen. Die Gefährdung von fremden Zivilisten sei demnach durchaus legitim, solange dadurch eigene militärische Verluste minimiert würden. Allerdings bestätigt diese Aussage lediglich eine knappe Mehrheit der Befragten, sodass hier nicht von einem hegemonialen Konsens innerhalb der US-Öffentlichkeit gesprochen werden kann, sondern eher von einer Tendenzbeschreibung. Auch wenn die Studie von Larson und Savych dem hier gegebenen Untersuchungsgegenstand nahesteht, so ist sie doch hauptsächlich deskriptiv angelegt und deckt lediglich den Beginn des Irakeinsatzes ab. Sie kann jedoch für die weitere Untersuchung als Anknüpfungspunkt verstanden werden, vor allem hinsichtlich einer weiterführenden und spezifizierenden Untersuchung der diskursiven Vermittlung von Normverstößen. Dass die Studie von Larson und Savych zu den wenigen gehört, die den Blick auf die Resonanz ziviler Opfer im Irakkrieg lenkt, ist durchaus verwunderlich. Denn die Auseinandersetzung mit der Verschuldung ziviler Opfer durch die USA im Irak kann als ein konstitutiver Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Krieg angesehen werden. Hier lassen sich jedoch Arbeiten wiederfinden, die ein recht weites Spektrum der Thematik ziviler Verluste im Irakkrieg abdecken. So haben beispielsweise einige Studien den Umstand der Validität der Verlustzahlen zum Gegenstand, während andere Studien gar auf die militärtechnische Bedeutung von zivilen Verlusten im Irakkrieg verweisen. Während hier beispielsweise Biddle und Friedman (2007) sowie Beeher (2007) die unterschiedlichen Quellen zu zivilen Verlusten im Irak und ihre Erhebungsmethoden analysieren, gehen andere Autoren wie Kahl (2007) und Conetta (2004) auf die militärkulturellen und -strategischen Grundlagen der Problematik ziviler Verluste in Kriegen ein. Der Großteil der Forschung zum Irakkrieg stellt dabei die Illegalität des Einsatzes heraus. Hier wird vornehmlich das Faktum der mangelnden internationalen Anerkennung der Kriegsgründe behandelt sowie auf mögliche rechtliche Konsequenzen des Einsatzes für zukünftige Kriege der USA innerhalb der internationalen Politik verwiesen. Als Beispiele können hier die Arbeiten von Heide (2013), Banta (2008) und Bowers (2003) herangezogen werden, die auf die prekäre Legalität des Einsatzes, gemessen an internationalen juristischen Standards, verweisen. Ausgehend von dieser Illegalität des Krieges, werden zivile Opfer i.d.R. als ein Produkt ethisch-rechtlicher Normverstöße dargestellt und in direkter Folgerung zur Legitimität des Krieges gesetzt. Inwiefern die postulierte Illegitimität des Krieges zu einem flächendeckenden Entzug der Unterstützungsbereitschaft der US-amerikanischen Bevölkerung für den Krieg führt, wurde indes noch nicht geklärt. Mehr noch lassen sich bislang keine Studien identifizieren, die die diskursive Verhandlung und Einordnung der Legitimation ziviler Opfer in Kriegen der USA für die Legitimität von Kriegen für die eigene politische Gemeinschaft behandeln. Zwar lassen sich verschiedene Ausei-

nandersetzungen mit der medialen Vermittlung des Irakkrieges finden, jedoch sind diese zumeist auf eine medienethische Perspektive verengt oder fokussieren auf den Umstand des in den USA üblichen „embedded journalism“ in Kriegen (vgl. Peck 2003). In diesem Kontext wird der Punkt der medial vermittelten Wahrnehmung zu einem weiteren existentiellen Aspekt der Betrachtung der Legitimität von Kriegen (vgl. Reynolds 2003). Erst die Wahrnehmung eines Krieges wird demnach zu einem konstituierenden Bereich der öffentlichen Unterstützung. Strukturen und Prozesse der medial vermittelten Wahrnehmung für die Legitimität von Konflikten hinsichtlich der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, abgeleitet durch öffentliche Medienberichte, sind unzureichend untersucht. Diese Forschungslücke soll hiermit geschlossen werden.

Aus dem bisherigen Forschungsstand lassen sich folgende Feststellungen für das weitere Vorgehen ableiten:

- (1) Die öffentliche Meinung und öffentliche Unterstützung von Kriegen ist abhängig von der Medienberichterstattung. Die öffentliche Wahrnehmung von Kriegen wird in den USA durch einen Kriegsdiskurs vermittelt, der sich in erster Linie durch die Transmission von Informationen durch Medien auszeichnet. Die Medienberichterstattung hat demnach einen direkten Einfluss auf die Aufrechterhaltung oder den Entzug der Unterstützungsbereitschaft für einen Krieg. Medienberichte werden somit zu einem zentralen Aspekt der Untersuchung von Legitimationsprozessen und -strukturen. Vor allem die Vermittlung und Verhandlung von Legitimationsansprüchen in diesen Berichten ist demnach ausschlaggebend für die öffentliche Wahrnehmung eines Konfliktes.
- (2) Verluste in Kriegen haben eine negative Auswirkung auf die Unterstützungsbereitschaft von Kriegen. Dies gilt vor allem für eigene militärische Verluste. Als zu hoch empfundene militärische Verluste in einem Konflikt führen demnach zu einem Entzug der Unterstützungsbereitschaft. Auswirkungen ziviler Verluste in einem Krieg auf die Unterstützungsbereitschaft für den Krieg sind unzureichend erforscht. Im Falle der USA kann jedoch vorab von einer gewissen Zentrierung der US-amerikanischen Öffentlichkeit auf eigene militärische Verluste ausgegangen werden. Die Existenz oder Ausweitung einer „casualty phobic“ in Bezug auf fremde zivile Verluste ist zu untersuchen.

Die Leben der Anderen oder die Legitimation ziviler
Opfer

Eine Analyse des Kriegsdiskurses in den USA von 2003
bis 2011

Hiller, J.

2017, XIII, 233 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15966-5